



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

3. Dezember 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade komme ich aus Luxemburg - auf der dortigen Ministerratskonferenz der ESA haben Minister und Staatssekretäre der 20 ESA-Mitgliedstaaten über wichtige Fragen der europäischen Raumfahrt diskutiert. Mit gutem Ergebnis: So haben wir uns auf die Entwicklung der neuen europäischen Trägerrakete, Ariane 6 geeinigt. Auch die weitere Finanzierung der internationalen Raumstation ISS ist gesichert. Das sind wichtige Signale für eine auch weiterhin bedeutende Rolle Europas in der Raumfahrt.

Diese Sitzungswoche begann mit einer vereinbarten Debatte anlässlich des heutigen Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen. **Unter dem Titel „Mehr Teilhabe eröffnet neue Perspektiven“ wurde über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenslagen von Menschen mit Behinderung gesprochen.**

Vor 5 Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Die Lebensrealität vieler Menschen mit Behinderungen liegt jedoch weit entfernt von dem im Rahmen der Konvention geforderten Idealzustand. Ich bin deshalb froh, dass es SPD und CDU/CSU gelungen ist, nahezu 20 Handlungsaufträge zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Situation in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. **Das bedeutendste Projekt besteht sicherlich in der Reform der Eingliederungshilfe. Mit dem geplanten Bundesteilhabegesetz soll die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden.** Menschen mit Behinderungen müssen endlich aus der sozialen Nische der Bedürftigkeit herausgeholt werden und ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben führen können. Ein Eckpunktepapier, das die von der SPD-Fraktion gesetzten Anforderungen an das Bundesteilhabegesetz formuliert, finden Sie [hier](#).

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht



Brigitte Zypries

+++ Ausstellungseröffnung +++

Wanderausstellung
Deutscher Bundestag

In einer anschaulichen Wanderausstellung informiert der Deutsche Bundestag über seine Aufgaben und Arbeitsweise. **Die Ausstellung tourt durch die Bundesrepublik und wird - aufgrund meiner Initiative - vom 8. bis 12. Dezember 2014 auch in Darmstadt zu sehen sein.** Angeboten werden Vorträge, Filme, Informationsmaterialien und vieles mehr.

Am Montag, 8. Dezember, um 13.30 Uhr eröffne ich die Ausstellung im Regierungspräsidium Darmstadt am Luisenplatz 2. **Kommen Sie gern!** Bis zum 12. Dezember ist die Ausstellung täglich von 08.30 bis 16.30 zu besichtigen. Der Eintritt ist kostenlos.



+++ Bürgerdialog +++

Diskussion zu Big Data

Unsere Datenberge wachsen und wachsen. Laut neuester Studien wird sich das weltweite Datenvolumen bis 2020 verzehnfacht haben. Doch was heißt das für die Wirtschaft, die Politiker, die einfachen Bürger? **Big Data ist das Schlagwort unter dem sämtliche Ideen zur Auswertung und Nutzung der Daten zusammengefasst werden.**

Der Bürgerdialog des Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie bietet eine **Plattform zur Information und Diskussion rund um das Thema Big Data.** Die Veranstaltung findet am **04.12. um 19.00 Uhr, Rheinstraße 75, 64295 Darmstadt** statt. Weitere Informationen finden Sie unter www.sit.fraunhofer.de oder 06151869-213.

Verbesserungen im Bereich Asyl- und Bleiberecht

Über 85.000 geduldete Ausländer leben in Deutschland. Die „Duldung“ ist kein Aufenthaltstitel, sondern der rechtlichen Definition nach eine „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ von grundsätzlich ausreisepflichtigen Ausländern. Die Duldung kann unterschiedliche Gründe haben, etwa ein Bürgerkrieg im Heimatland oder eine schwerwiegende Erkrankung des Betroffenen, die die Ausreise unmenschlich erscheinen lassen oder unmöglich machen.

Viele dieser Menschen leben bereits seit Jahren in Deutschland, arbeiten und haben Kinder, die hier in die Schule gehen. **Für diese Ausländer soll es nun unter bestimmten Bedingungen leichter werden, ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu erhalten.** Im Koalitionsvertrag hatten SPD und CDU/CSU vereinbart: „Um lange in Deutschland lebenden geduldeten Menschen, die sich in die hiesigen Lebensverhältnisse nachhaltig integriert haben, eine Perspektive zu eröffnen, wollen wir eine neue alters- und stichtagsunabhängige Regelung in das Aufenthaltsgesetz einfügen.“ Diese Reform hat das Bundeskabinett heute auf den Weg gebracht. **Nach einem Vorschlag von Bundesinnenminister de Maizière soll ein Bleiberecht erhalten, wer gut integriert ist, ausreichend Deutsch spricht und seinen Lebensunterhalt überwiegend selbst bestreitet.** Zugleich sollen Abschiebungen krimineller Ausländer leichter und schneller vollzogen werden können.

Am Donnerstag ist die Situation von asylsuchenden und geduldeten Ausländern auch Thema im Plenum des Deutschen Bundestages. Ein Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen sieht weitreichende humanitäre Verbesserungen vor. Ein wesentlicher Knackpunkt des Entwurfs ist die Aufhebung der sog. Residenzpflicht. Derzeit besteht für Geduldete und Asylbewerber eine räumliche Beschränkung, d.h. sie dürfen sich nur in einem bestimmten Umkreis des ihnen zugewiesenen Wohnortes bewegen. Verwandtenbesuche, der Besuch von Beratungsstellen oder Ausflüge außerhalb dieses Gebietes sind nur mit vorheriger Erlaubnis möglich. Interessenverbände hatten sich seit Jahren für eine Aufhebung der Residenzpflicht eingesetzt. Die Wohnsitzauflage soll allerdings bestehen bleiben, um eine gerechte Verteilung der Kosten für die Aufzunehmenden zwischen Ländern und Kommunen zu gewährleisten. Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, dass im Asylbewerberleistungsgesetz künftig Geldleistungen gegenüber Sachleistungen vorrangig sein sollen.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Klimawandel stoppen - Auf dem Weg zu einem neuen Klimaschutzabkommen

Eine wirksame Klimapolitik ist nur durch weltweite Zusammenarbeit erreichbar. Deshalb werden die Ziele der Klimaschutzpolitik durch Konferenzen der Vereinten Nationen verhandelt. Die Protokolle der Konferenzen enthalten die Ziele, die jeder Staat erreichen muss.

Vom **1. bis 12. Dezember 2014** findet die UN-Klimakonferenz in Lima statt. Die Konferenz ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Vereinbarung eines ambitionierten Klimaschutzabkommens für die Zeit nach 2020, das im kommenden Jahr auf der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossen werden soll. Die Koalitionsfraktionen bekräftigen in dieser Woche die Bedeutung des angestrebten Klimaschutzabkommens mit einem Antrag „Klimakonferenz in Lima zum Erfolg führen“. Der Bericht des Weltklimarates IPCC lässt die Hoffnung zu, dass die international vereinbarte Obergrenze des weltweiten Temperaturanstiegs von maximal 2 Grad doch noch eingehalten werden kann. Jedoch wird dazu eine anspruchsvolle Klimapolitik, verbunden mit einer nachhaltigen Reduktion der Treibhausgas-Emissionen, unverzichtbar sein. **Das geplante Klimaschutzabkommen soll alle großen Treibhausgasemittenten umfassen und Wege aufzeigen, wie die bestehende Minderungslücke zur Erreichung des Zwei-Grad-Ziels von allen Staaten gemeinsam geschlossen werden kann.** Den Bericht des Weltklimarates finden Sie [hier](#).

Deutschland wird in Sachen Klimaschutz weiterhin Vorreiter sein. Mit dem Nationalen Aktionsplan Klimaschutz von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit wir unser Klimaziel erreichen und bis 2020 die CO₂-Emissionen in Deutschland um 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 reduzieren. Bei der Energieversorgung setzen wir auf die Erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2050 sollen 80 Prozent der Energieversorgung aus erneuerbarer Energien kommen. **Die umweltfreundlichste und günstigste Kilowattstunde ist jedoch die, die wir gar nicht erst verbrauchen. Deshalb bildet die Energieeffizienz neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien die zweite Säule der Energiewende.** So wird beispielsweise energiesparendes Bauen und die energetische Sanierung von Häusern gefördert. Bisher stellt die Bundesregierung Fördermittel von rund 1,8 Mrd. Euro zur Verfügung. Ab 2015 sollen weitere 200 Millionen Euro hinzukommen, womit dann jährlich 2 Milliarden Euro für energieeffizientes Bauen und Sanieren zur Verfügung stünden.